

Sabatina: Ahmadiyya ist kein reformierter Islam



Nun ist es

offiziell: Der Islam gehört zu Deutschland. Das Bundesland Hessen hat letzte Woche die Ahmadiyya Gemeinschaft als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt, und sie somit auf gleicher Ebene wie die großen christlichen Kirchen gestellt. Wie in der Sache mit dem Islamunterricht, ist Hessen auch darüber stolz, als erstes mit der politischen Integration der ersten islamischen Gemeinschaft Geschichte geschrieben zu haben.

Justiz- und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) sagt hierzu: „Wir wollen, dass die Muslime ihre Religion leben können. Wir wollen den Islam herausholen aus den Hinterhöfen.“ (Die Welt, 13. Juni 2013).

Einige Äußerungen erwecken das Gefühl, hier gehe es nur darum, dem Christentum die Privilegien zu entziehen: Islamwissenschaftler Dietrich Reetz sieht es für nicht möglich

„Die Privilegien der christlichen Kirchen auf lange Sicht aufrechtzuerhalten.“ Er stellt sich vor, diesen Schritt auch anderen muslimischen Gemeinden zugutekommen zu lassen.

Professor für Religion und Politik Thomas Großbölting beschreibt diesen Schritt mit den Worten: „Die christliche Schlagseite ist ein Stückchen mehr gekappt... Der Staat positioniert sich dadurch besser, weil er die gleiche Nähe oder Distanz einnimmt zu den Religionen und sein Religionsrecht aktiver anwendet“.

Vorsitzender der Ahmadiyya Abdullah Uwe Wagishauser sagt: „Ich bin mir durchaus bewusst, dass wir uns weiterhin Sachen erkämpfen müssen, etwa den Zugang zu öffentlichen Medien oder einen Platz im Ethikrat. Aber rein theoretisch haben wir jetzt ein Recht auf das Wort zum Freitag im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Das ist schon mal ein gutes Gefühl.“.

Wer sind die Ahmadiyya, und was möchte man mit dem Schritt der politischen Integration bezwecken?

Für uns ist der Ahmadiyya-Islam kein reformierter Islam, sondern nur ein anderes Gesicht des politischen, totalitären und menschenverachtenden radikalen Islams. Derjenige Islam, den wir schon immer kannten, von Überlegenheitsgefühl erfüllt und auf Andersgläubige herabschauend. Solche Politreligionen verdienen meiner Meinung nach nicht die Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts.